

zur Erörterung politischer Fragen, die Vernichtung des Strafrechtes durch das verschärfte Schlichtungsverfahren, nach dessen Bestimmungen Gewerkschaftsleiter oder Streikfonds beschimpft werden können, die einen Kampf der Arbeiter gegen Sohnobben finanzierten. Das Heer der politischen Gefangenen nimmt ununterbrochen zu.

Kampfstrafe der Arbeiterklasse ungebrochen

Über diese willende Verfolgung der Bourgeoisie gegenüber dem revolutionären Proletariat, die immer größere Verschärfung der faschistischen Gewaltmethoden sind nicht imstande, die Kampfstrafe der Arbeiterklasse zu brechen und zu zerstören. Die deutsche Arbeiterklasse steht den immer mehr wachsenden faschistischen Methoden mit ungetrockneter Kampfflüssigkeit entgegen. Schlossener Kampfkammung gegenüber. Das ist es, was in Deutschland den Faschismus der Brüningregierung mit Unterstützung des Sosialfascismus und der Hitlerbewegung zum standigen Razzieren und Diplomatisieren zwingt. Jede neue Terrorwelle reizt die Widerstandskraft der werktätigen Massen. Diesen Widerstand nicht zur offenen Rebellion werden zu lassen, das distiert der deutschen Bourgeoisie die Gesetze des Handelns bei den Entscheidungen über das System und die Praktiken ihrer Klassenherrschaft.

Die deutsche Bourgeoisie steuert in das Jahr 1932 hinein, von dem sie weiß, wie es beginnt, nicht aber, wie es endet. Noch zu keiner Zeit war die Klassenherrschaft der deutschen Bourgeoisie so unsicher und ungewiss, wie gegenwärtig. Selbst in der Periode der revolutionären Erstürmungen der Jahre 1918 und 1923 waren die Tendenzen und Erscheinungen des Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems nicht so offenkundig wie gegenwärtig und ebenso wenig hatten sich die gegenläufigen Klassenkräfte in dem tiefliegenden und umfassenden Grade herausgebildet wie gegenwärtig. Und der Unsicherheit der Lage im Innern des Landes entspricht die Unsicherheit und Ungewissheit der Verhältnisse der Zukunft, wie sie sich im internationalen Maßstab der imperialistischen Mächtegruppierung entwickeln. Sieht die Bourgeoisie im Innern ihre einzige noch verbleibende Rettung im Faschismus, so nach außen in der vollständigen Abhängigkeit gegenüber den Imperialisten unter der Hegemonie Frankreichs.

Die Aufgaben und der Weg der Kommunisten

In dieser trürenden inneren und äußeren Lage Deutschlands, in der alle werktätigen Massen ohne Ausnahme aufschießt aufgewühlt wurden und in Flucht geraten, wachsen vor der Kommunistischen Partei gigantische Aufgaben, wie sie seitens vor ihrstanden. Die Industrie- und Handelskrise, die Kredits- und Finanzkrise entwurzelt Millionen Arbeiter aus ihren bisherigen Arbeitsverhältnissen und Lebensgewohnheiten, betrifft aber im gleichen Maße auch die noch in den Betrieben lebenden Arbeitersmassen durch Lohnabbau und Kurzarbeit. Die Bankkrise und Finanzkrise geben auf Kosten Millionen kleiner Sparten, des gewerbe- und handelsbetreibenden Mittelstandes. Unter der Agrarkrise und den ständig steigenden Steuerlasten werden Millionen kleiner bürgerlicher Existenz vernichtet und alle diese Millionenmassen bilden einen brodelnden Herd revolutionären Explosionsstoffs. Und in diesem Zustand ist durch die Tätigkeit und die Funktion der Partei die große Aufgabe zu erfüllen, die alle diese Millionen durchdringt, die große historische Aufgabe der Befreiung der werktätigen aus Kapitalistischheit. Den Millionen Zweifelnden und Irrrenden muß die führende Rolle des Proletariats in diesem Kampfe unter Führung der Kommunistischen Partei zum Bewußtsein gedacht werden. Das eigene Leben dieser Massen muß es sein, das unter der Führung der revolutionären Vorhut vereint. Und hier erlangt die Aufgabe der Einheitsfront auf einer erhöhten Plattform ihre große massenmäßige Bedeutung.

Schaffung der bolschewistischen Massenpartei

Der Weg der Partei in dieser Situation ist, wie das sonst anders sein kann, vom den verschiedensten Gefahren begleitet. Die größte Gefahr dieser Entwicklung ist die Gefahr des Zurückbleibens der Vorhut hinter dem revolutionären Aufschwung, den objektiven revolutionären Möglichkeiten. Mit der Erweiterung und Verstärkung der Partei, deren Mitgliederzahl sich im letzten Jahr mehr als verdoppelt hat, muß eine intensive innere Mobilisierung der alten Parteikräfte parallel gehen, um die Partei auf den höchsten Stand der eigenen Aktivität bis in die letzten Parteizellen zu heben.

Gleichzeitig aber zeigen sich auch die Gefahren, die in der Zone des Abweichens einzelner Gruppen von den Marchsolonnen der Vorhut, die Gefahren der revolutionären Ungehorsam befinden. Anstelle der breiten Mobilisierung der Kräfte versuchen solche vereinzelten Gruppen den individuellen Kampf zu legen, der in seiner Auswirkung nicht förderlich, sondern hemmend auf die Massenmobilisierung zurückwirkt. Gegen diese Ercheinungen muß die Partei ebenso kämpfen, ohne dabei den Kampfwillen solcher Proletarier zu zerstören, sie muß in die allgemeine Kampfseinsicht eintreten. Die Partei, die die beiden Gefahren richtig erkannt hat, und sich auf dem Wege befindet, sie zu liquidieren, schafft damit die entscheidenden Voraussetzungen, um für die Ereignisse des neuen Jahres eine wahre bolschewistische Massenbewegung in Deutschland bereitzuhalten, die in der Lage ist, allen Situationen gewappnet entgegenzusehen.

Die Analyse der Lage in Deutschland um die Jahreswende 1931/1932 gibt uns die Berechtigung, das begonnene Jahr 1932 als ein solches zu kennzeichnen, in dem schicksalshafte Entscheidungen für das deutsche und damit für das gesamte internationale Proletariat fallen dürften.

*) Dieser Artikel erscheint am 1. 1. 32 in der Prawda. Wegen der Notverordnungen mußten Streichungen vorgenommen werden.

Sachsenwerk Radeberg wird stillgelegt!

Direktor Sarfert stellt Antrag beim Ministerium. Alle Angestellten heute gefündigt. Betriebsrat schwiegt. Arbeiter, Angestellte! Schaut euch um die RGO!

Von gutunterrichteter Seite erhalten wir die ausschauernde Nachricht, daß Direktor Sarfert vom Sachsenwerk Niederschlesien gestern im Innenministerium den Stilllegungsantrag für das Zweigwerk Radeberg gestellt hat. Begründet wird die ent. Stilllegung damit, daß der Radoumsatz knapp 50 Prozent des Voranschlags erreicht hat. Heute ist allen Angestellten die Kündigung für 31. März 1932 zugestellt worden.

Von den wenigen Arbeitern des Sachsenwerkes Radeberg werden heute ebenfalls 50 auf die Straße geworfen. Darunter befinden sich Deutsche, die 25 Jahre und länger dort gearbeitet haben.

Die Arbeiter und Angestellten erscheinen aus diesen Maßnahmen, was von früher abgegebenen ehrenwerten Versicherungen der Direktion zu halten ist.

Kurz nach der Fusion mit der UEG, als an Stelle Wittes der neue Direktor Vieze Stuttgart kam, der bereits allen Belegschaftsmitgliedern der UEG im Reich als Stilllegungskommissar bekannt ist, stand fest, daß auch in Kürze im Sachsenwerk eine Stilllegungaktion durchgeführt würde.

Die Arbeiterschaft, die die Betrogene ist, stellt jetzt die Frage: Was hat der Betriebsrat getan, um die Belegschaft an-

gesichts der drohenden Gefahr zu mobilisieren? Die Unterstützende Betriebsratsvorstehe des Zweigwerks Radeberg, Barth SPD, von der Direktion den Bescheid erhalten, daß von einer Strupplosigkeit, die ihresgleichen sucht, hat sich damit begnügt, reformistische Betriebsrat die Sache ihren Weg geben lassen, ohne Belegschaft Rechenschaft zu geben. Genau so wie in den Hauptwerk Niederschlesien, wo der Betriebsrat in der überwiegenden Mehrheit aus Reformisten und Brandenburger Betriebsleitern gegenüber durchgeführt.

Zeit erkennen die Sachsenwerk-Arbeiter, daß die reformistische Bürokratie und ihre Vertreter im Betriebsrat im Interessen der Tolerierungs- und des "kleineren Uebels" nicht daran auszurufen. Klar und deutlich steht jetzt auch vor ihnen die Tatsache, daß nur die RGO es ist, die in allen entschuldigenden Fällen Recht behalten hat und die als einzige den Arbeitern den Weg des Kampfes um ihr Recht aufzeigt. Die Belegschaften des Sachsenwerkes, die von neuem von den Reformisten betroffen wurde, muß jetzt unter Führung der RGO den Kampf gegen die Stilllegung, für die Verteidigung ihrer Interessen führen!

Auflammen von Streiks im Reich

Gegen Lohnraub, Massenentlassungen und Maßregelungen

Großsberg, 31. Dezember. Die Arbeiter der Firma Kreißler geschlossen in einen vierstündigen Proteststreik gegen die von der Firma angekündigten Massenentlassungen. Der Streik wurde gegen den Willen des reformistischen Betriebsrates durchgeführt, der sogar die Einberufung einer Betriebsversammlung abgelehnt hatte.

Der Streik in der Firma Stöcken & Schmitt geht ungestoppt weiter. In einer Verhandlung zwischen dem Unternehmerverband und dem Betriebsrat wurde von den Unternehmen die provokatorische Forderung gestellt, man wolle alle Arbeiter mit Ausnahme von zwei roten Betriebsräten wieder einfetten. Ehemalig lehnte die Belegschaft, die schon 12 Wochen im Streik steht, dies ab.

Bei der Firma Jellinghaus verlangten die Arbeiter vom reformistischen Betriebsrat eine Betriebsversammlung, um gegen den notwendigen Lohnabbau Stellung zu nehmen. Der Betriebsrat

73350 rufen zum roten Volksentscheid!

Die Abstimmungsausschüsse in den drei sächsischen Wahlkreisen haben das folgende endgültige Ergebnis der Abstimmung über das Volksbegehren festgestellt:

Wahlkreis Dresden-Bautzen	238 586
Wahlkreis Leipzig	128 545
Wahlkreis Chemnitz-Zwickau	368 439

733 550

Der Landeswahlausschuß tritt zur Feststellung des Abstimmungsergebnisses im ganzen Lande am 4. Januar 1932 12.30 Uhr in der Kreishauptmannschaft Dresden zusammen. Die Sitzung des Landeswahlausschusses ist öffentlich.

Lebt muß zum roten Volksentscheid gerüstet werden. Der Kampfaufschlag der Hundertausende gegen das Brüningschiedtregime und gegen die arbeiterverräderliche Politik der SPÖ-Führer wird ihren Höhepunkt bei Millionen sächsischer Werktäler finden. Die nächsten Wochen müssen im Zeichen des roten Volksentscheids der KPD stehen. Massenwerbung und Massensammlung für den Kampf der Kommunisten gegen den Brüningschiedt-Kurs und seine Helfer. Das muß der Auftakt des Kampfjahrs 1932 sein.

Der Betriebsrat lohnt dies mit der Bemerkung „Ihr Idioten“ ab. Darauf wurde eine Unterschriftensammlung veranstaltet, wobei sich die überwältigende Mehrheit der Belegschaft eintrug. Gezwungenermaßen mußte der Betriebsrat die Versammlung einberufen, auf der einstimmig eine starke Entschließung gegen den Lohnabbau angenommen wurde.

Berlin, 31. Dez. (Eig. Mel.)

Die Gesamtbelegschaft der Firma Zehn-Pion-Film beschloß gegen zwei Stimmen gegen den 18prozentigen Lohnabbau in den Streit zu treten. Die Nazis stimmten zwar für den

Streik, weigerten sich aber jedoch in die gewählte Stelle Leitung einzutreten. Wahrscheinlich werden die Arbeiter heute früh die Arbeit niederlegen.

Die Belegschaft der Kraftdrohschleppgesellschaft „Tempo“ beschloß mit mehr als Zweidrittel aller Arbeiter in den Streit gegen Lohnabbau zu treten.

Da die Direktion auf dem Lohnabbau besteht, werden die Kraftdrohschleppführer voraussichtlich ab 1. Januar streiken.

Erfolgreicher Streik in Düsseldorf

Düsseldorf, 30. Dez. (Eig. Mel.)

Auf einer Tagung des zentralen Kampfausschusses des Nord-West-Betriebs gab der Arbeiter Bericht über einen erfolgreich durchgeföhrten Proteststreik bei Matthes-Schleifer in Oberkassel. In einer Belegschaftsversammlung war die Forderung eingeholt worden, die Direktion dürfe niemanden entlassen und keinen Abbau der Löhne durchführen. Als die Direktion die Durchführung dieser Forderung verweigerte, erinnerte der Betriebsrat in einer neuen Belegschaftsversammlung Bericht. Diese Versammlung beschloß einstimmig einen halbstündigen Proteststreik der geschlossen durchgeföhrte wurde. Infolgedessen mußte die Direktion von ihren geplanten Lohnabbauabschüssen Abstand nehmen.

Zusammenstöße vor Zeichentoren

TU. Dortmund, 29. Dezember.

Wie der Polizeibericht meldet, versammelten in der Nacht zum Dienstag mehrere Kommunisten an der Zeche Westhausen Flugblätter, in denen zum allgemeinen Streik vom 2. Januar aufgerufen wird. Bei der Flugblattverteilung kam es in der Nähe des Zeicheneinganges zu einer erheblichen Auseinandersetzung, die das Herbeiführen des Übersallkommandos notwendig machte. Den Beamten gelang es, die Verteiler der Flugblätter festzunehmen.

Aus der Menge heraus versuchten Kommunisten die zugegenommenen zu bestreiten. Dabei wurden die Beamten erheblich bedroht, so daß sie von der Schuhwaffe Gebrauch machen zu müssen um die Menge zurückzuhalten. Belehrte sind hierbei nicht zu bestreiten. Bei den Gezogenen vorgenommenen Haftnahmen förderten zahlreiche Flugblätter und illegale Druckschriften Zusage, die beschlagen wurden.

Massenentlassungen in Berlin

In der Fabrik der AGF, Trothastraße, wurden von 200 Angestellten 150 das Kündigungsschreiben zugestellt, angeblich wegen Stilllegung des Betriebes. In Wirklichkeit handelt es sich nicht um eine Stilllegung, denn es sind genügend Austräge vorhanden, sondern der Fabrikationsbetrieb wird lediglich nach der UEG Treptow verlegt, wodurch weitere 500 Arbeiter zur Entlassung kommen.

Massensturm auf Kohlenhalden

Hamm, 29. Dezember

Unter obiger Überschrift meldet die Zentrum-Zeitung: Zu wilden Ausschreitungen kam es am Montagvormittag im benachbarten Herten. Ein Trompeter zog durch die Kolonien, worauf sich auf dem Sportplatz etwa 200 Menschen zusammen. In einem Demonstrationszug ging es dann zum Kohlenhafen der Zeche de Wendel. Dort begann man mit der Plünderei der Kohlenhalden. Da die örtlichen Polizeistationen zum Einsatz nicht genügten, wurde telefonisch das Ueberrallkommando der Hammer Schuhpolizei herbeigerufen. Beim Erscheinen des Ueberrallwagens nahmen die Plünderten Kolonie und ließen auch die bereits mit Kohlen gefüllten Säcke liegen. Nur einer der Beteiligten, vermutlich der Betriebsführer, konnte verhaftet und in das Polizeigefängnis Hamm eingeliefert werden.

Wohlfahrtsarbeiter schwer verunglückt

Gestern ereignete sich ein folgenschwerer Autounfall auf der Berlin-Mittenwalder Chaussee. Ein städtisches Lastwagen mit über 50 Wohlfahrtsarbeitskollegen, die zur Wartungsarbeit von Stadt nach dem Gut Klein-Ziegenhain abkommandiert worden waren, kam auf dem schlechten Wege ins Schleudern, fuhr einen Baum und brach zusammen. 14 Wohlfahrtsarbeiter verletzt, darunter drei schwer. Die Schwerverletzten müssen nach dem Krankenhaus Badow transportiert werden und liegen mit schweren Gehirnerschütterungen und inneren Verletzungen darunter. Die Opfer sind sämtlich langjährig arbeitslos und werden von der Wohlfahrtsbehörde bei Remunerationsarbeiten zwangsläufig beschäftigt.

Neue Russlandheze der Volkszeitung

Bürgerliche Presseheze gegen die Motorradsparte der roten Sportler und die Derop wird von SPÖ-Organ verbreitet!

Die Dresdner Volkszeitung lebt in ihrer gestrigen Nummer die bereits von uns entlarvte systematische Heze gegen die Sowjetunion fort. Diesmal hat sie es auf die Derop abgesehen, die Vertriebsgesellschaft aller russischen Oele in Deutschland. Sie verbündet damit eine niederrangige Spiegelarbeit gegen die roten Sportverbände. Das sozialdemokratische Blatt druckt Kommentarelos eine Berliner Meldung ab, die sich auf die Heze des Zentrums Germania stützt. Danach soll durch Veröffentlichung eines Rundschreibens der roten Sportler eine „geheime Geschäftszusammenziehung zwischen der Derop und dem verbotenen Roten Frontkämpferbund“ aufgedeckt worden sein. Abgesehen davon, daß es bezeichnend ist, wie während die Germania in der Heze gegen die Sowjetunion auftritt, ist noch charakteristischer, daß die SPÖ-Presse entgegen besserem Wissen die Bekämpfung der Germania restlos übernimmt, wonach die Reichsparteileitung der Motorradfahrer der Kampfgemeinschaft für rote Sportlichkeit eine „Deckorganisation für den Roten Frontkämpferbund“ darstellt. Sie verzerrt diese Meldung der Germania sogar noch, indem sie ausdrücklich betont:

„Jetzt veröffentlicht die Berliner Germania ein Rundschreiben der Reichsparteileitung (II) des Motorfahrs-

einer Fachorganisation des ausgelösten Rotfrontkämpferbundes...“

Die Redakteure der Volkszeitung wissen genau, wie frech diese Heze ist. Die Spaltungspolitik der Gollert und Konsorten hat auch zahlreiche Mitglieder des Arbeiter-Kad. und -Kraftfahrer-Bundes zur Kampfgemeinschaft für rote Sportlichkeit geführt, die selbstverständlich wie jede große Sportorganisation der Arbeiter auch ihre – Reichsparteileitung hat. Es handelt sich also um eine völlig legitime Arbeitssportorganisation, die hier in schamloser Weise durch sozialfaschistische Redakteure denunziert werden soll. Wir sind überzeugt, daß diese Spiegelaktion der Volkszeitung auch bei den bundesweit organisierten Sportlern schärfsten Widerspruch finden wird. Die Fortsetzung der Antisowjetheze durch die Volkszeitung, die auch gekrönt mit größter Frechheit die Ablehnungsversuche des ischäfischen Propagandisten weiterverbreitet, wird zur Ausklärung der schändlichen Rolle der SPÖ-Führer bei der Vorbereitung und Durchführung der faschistisch-imperialistischen Offensive gegen die Sowjet und die revolutionäre Arbeiterbewegung nicht wenig beitragen.